



Die Linke KV Zwickau & KV Erzgebirge
Innere Schneeberger Str. 17, 08056 Zwickau



Die Linke KV Zwickau & KV
Erzgebirge

Kreisvorsitzende
Frank Dittrich, Rico Gebhardt

Postanschrift Gastgeber:
Innere Schneeberger Str. 17
08056 Zwickau

Telefon: 0375 212676
info@dielinke-zwickau.de
www.dielinke-zwickau.de

Sparkasse Zwickau
DE39 8705 5000 2243 0011 63
WELADED1ZWI

Zwickau und Aue-Bad Schlema, 22. September 2025
Einladung Veranstaltung Ökozid am 21.10.2025 in Zwickau

Liebe Mitstreiter*innen,

in unserem Sozialistischen Infoblatt September 2025 haben wir auf den Seiten 7 bis 9 einen Beitrag zum Thema Ökozid veröffentlicht.

Wir möchten euch hiermit herzlich zur angekündigten Veranstaltung einladen.

Ulrike Hübner, eine Aktivistin zum Thema Ökozid, wird aus Bremen zugeschaltet.

Sie wird eine Einführung in das Thema geben, und anschließend haben wir Gelegenheit, mit ihr ausführlich zu diskutieren (möglicherweise auch symbolische Blumen zu häkeln).

Besonders wichtig ist dabei die Frage: Welche Aufgaben ergeben sich für uns in der Region?

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Termin: Dienstag, 21.10.2025
Zeit: 19:00–21:00 Uhr
Ort: Café Clara, Innere Schneeberger Str. 17, 08056 Zwickau

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Dittrich'.

Kreisvorsitzender Die Linke Zwickau

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rico Gebhardt'.

Kreisvorsitzender Die Linke Erzgebirge

Beitrag der Kreistagsgruppe

Liebe Leser*innen,

nachfolgend ein Artikel von unseren Leipziger Ökologieaktivist*innen zum Thema Ökozid. Wir werden versuchen mit Ulrike Hübner noch dieses Jahr eine Diskussionsrunde in unserer Region zu organisieren.

Mit solidarischen Grüßen

Barbara Drechsel (bacawiegu@web.de)

Ökozid, Gerechtigkeit und Frieden

Ulrike Hübner, Angela Müller, Johanna Glameyer

Ökozidexpertin zu Besuch bei den Leipziger ADeLen

Am 17.6.2025 lud die AG ADeLe des Leipziger Stadtverbandes zu einem Vortrag mit Austausch zum Thema „Ökozid, Gerechtigkeit und Frieden“ ein. Zu den Besuchern wurde die Expertin Ulrike Hübner aus Bremen eingeladen. Seit vielen Jahren beschäftigt sich diese bereits mit allem, was sich um das Thema rankt und hat vor einiger Zeit dazu außerdem ein eigenes Projekt ins Leben gerufen.

Souverän stellte sie (in zwei Veranstaltungen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen) interessierten Mitgliedern von Die Linke Leipzig sowie anderen Gästen das Thema insbesondere im Hinblick auf die sich verändernde Gesetzeslage in Europa und Deutschland vor. Ulrikes Besuch in Leipzig haben wir, neben vielen weitreichenden und inspirierenden Gesprächen, auch für ein paar persönliche Fragen und Sichtweisen genutzt, an denen wir euch gerne teilhaben lassen möchten.

J.G.: Du beschäftigst dich ja schon einige Jahre mit dem Thema Ökozid. Wie bist du ganz ursprünglich auf das Thema aufmerksam geworden?

U.H.: Das war 2019. Da habe ich die Website von Stop Ecocide International gefunden.

J.G.: Was hat dich dazu bewogen, dich da-

mit zu beschäftigen und dich aktiv einzusetzen?

U.H.: Die Einflüsse von uns Menschen sind so zentral, und die Rahmenbedingungen sind gesetzlich noch nicht weitreichend international geregelt. Und mit einem Ökozid-Gesetz am internationalen Strafgerichtshof, gäbe es eine Lösung, die sich sofort auf die Rechtsprechung in 123 Ländern auswirken würde.

J.G.: Wie geht es dir persönlich, wenn du dich in der Welt umschaust?

U.H.: Der Zustand unserer Erde als Lebensraum für uns ist weltweit massiv besorgniserregend. Die Ökosysteme drohen nicht nur durch Abbau zerstört zu werden, sondern auch zu kollabieren. Bisherige Maßnahmen zum Erhalt der Ökosysteme durch Umweltschutzgesetze und die Haltung in unserer Gesellschaft zur Natur führen in keinsten Weise zu einem Erhalt. Das muss geändert werden. Allerdings entwickelt sich auch immer mehr das Bewusstsein, wie Ökosysteme funktionieren und das Leben für uns als Menschen möglich machen. Diese Leistung für uns darf ruhig mehr geschützt werden. Auch durch Gesetze.

J.G.: Wie schätzt du den Erfolg für die Durchsetzung auf juristischer Ebene ein?

U.H.: Sehr hoch. Das zeigt sich darin, dass immer mehr Länder die Notwendigkeit einer internationalen Lösung erkennen.

J.G.: Was für gesellschaftliche Änderungsmöglichkeiten hältst du für möglich, wenn es zu einem Ökozidgesetz in D/ in der EU kommt?

U.H.: Die EU hat sich dem Thema Ökozid als Straftatstand ja schon genähert, indem sie im neuen, 2024 veröffentlichten und verschärften Umweltstrafrecht ökozid ähnliche Straftaten integriert hat. Im Rahme der Umsetzung der Richtlinie in die nationalen Gesetze kann nun in Deutschland Ökozid auch noch als eigenständiger Straftatbestand hinzugefügt werden. Sogar mit einem besonderen Aspekt, nämlich als Gefährdungsdeldikt. Das würde bedeuten, dass

Erzgebirge

Ökozid noch vor dem ersten Spatenstich geahndet werden könnte. Diese europäische Entwicklung ist wichtig in Bezug auf ein Ökozid-Gesetz am internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

J.G.: Welche Veränderungen wünschst du dir zu erreichen?

U.H.: Mir ist ein gesundes Leben wichtig. Das geht nur, wenn wir die Natur und unsere Erde als ganzes Ökosystem schützen. Ich würde mich freuen, wenn wir eine Wirtschaft haben, die diese Werte teilt und ich sehe in dem Gesetz die Chance, dass Unternehmen, die sich nachhaltig aufstellen, einen starken Rückhalt haben.

J.G.: Welche Unterstützung wünschst du dir? Wie können insbesondere wir als Partei Die Linke dich unterstützen? Ich sehe, dass es gute Anknüpfungen zu den wichtigen Themen der Partei - Frieden, Gerechtigkeit, Kapitalismuskritik - gibt.

U.H.: Ja, diese Sichtweise ist richtig. Das sehe ich auch. Das Ökozid-Gesetz und Ökozid als Straftatbestand in den nationalen Gesetzen, werden dazu beitragen können unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Überall auf der Welt. Und ja, das trägt zu der Entwicklung, oder dem Erhalt von Frieden und die globale Haltung darin spielt eine große Rolle in Bezug auf Solidarität und damit auch in Bezug auf Gerechtigkeit. Besonders auch für die Gebiete, von denen wir jetzt schon sicher wissen, dass sie massiv betroffen sind. Besonders hervorheben können wir hier die Pazifikstaaten Vanuatu, Fidschi und Samoa. Sie sind starke Kämpfer für ein internationales Ökozid-Gesetz. Die Linke kann mich damit unterstützen, dass sie das Thema überall bekannt macht und voranbringt. Ob regional, landes- oder bundesweit. Ob für eine Unterstützung im Rahmen der Integration von Ökozid als Straftatbestand in das neue Umweltstrafrecht, oder in der Bewegung, dass die Bundesregierung sich für ein Ökozid-Gesetz am internationalen Strafgerichtshof ausspricht. Auch halte ich es für wichtig, sich hier mit den Parteien zusammenzufinden, die das Thema auch

schon in ihre Programme aufgenommen haben. Und die Linken könnten neben der juristischen Seitenauch noch mehr in den Vordergrund stellen, wie wichtig ein starkes und respektvolles Band zu der Natur in unserer Kultur ist, damit die Zerstörung der Ökosysteme nicht mehr unser aller Leben jetzt und in der Zukunft bedroht.

Solltet ihr noch weitere Fragen zu diesem Thema haben oder einen Input für eure Arbeitsgruppe oder Basisorganisation haben oder euch an dem Projekt „Häkeln gegen Ökozid“ beteiligen wollen, so meldet euch gerne per Mail bei Johanna. (glameyer@dielinke-leipzig.de)

Vielleicht fragt ihr euch aber auch jetzt schon: Und was hat das alles nun mit Sachsen oder gar Leipzig zu tun? Denn wer hat beim Begriff Ökozid nicht sofort die Bilder aus Gaza oder die von illegal gerodeten Regenwäldern in Brasilien vor Augen. Ist alles weit weg, kommt bei uns nicht vor - könnte man denken. Doch zerstörte Ökosysteme gehen stets einher mit scheinbar tolerierbaren Anfängen und es gibt immer auch direkte oder indirekte Profiteure, egal, ob die nun MIBRAG, LEAG oder Zinnwald Lithium GmbH heißen. Von daher ist dann der Weg gar nicht mehr so weit zu den alltäglichen politischen Kämpfen auf der Straße oder im Parlament, um einen sozial-ökologischen Wandel unserer Gesellschaft herbeizuführen.

Wenn die Menschen in der Gegend um Zinnwald Angst vor den Folgen des geplanten Lithium-Abbaus vor ihrer Haustür haben oder in unserer Region die immer noch laufende Braunkohleförderung Landschaften zerstört - konkrete juristische Regeln für solche Vorhaben eröffnen auch immer neue Optionen für politisches Handeln direkt vor Ort. Das beginnt beim Aufdecken von Greenwashing oder mangelnder Transparenz, wo es gilt, sehr genau hinzuschauen, und endet längst nicht bei der dringend erforderlichen Reform des deutschen Bergrechts. Auch unser ganz persönliches Denken und Handeln sollten

Erzgebirge

wir vom Ende her, von den Folgen für unsere globale Umwelt, bedenken, beurteilen und ggf. anpassen, wo und wie es für uns möglich ist.

Inzwischen reicht unser Projekt auch über Leipzig und Sachsen hinaus. Es hat kürzlich Berlin und unsere Bundestagsfraktion erreicht. Gemeinsam mit Sören Pellmann sind wir dem Bundestag mit Blüten auf's Dach gestiegen. Wir sind im Austausch mit den zuständigen Abgeordneten, für die wir in nächster Zeit einen speziellen Vortrag zum Thema organisieren. Anfragen an die Bundesregierung und das Justizministerium zum Erstentwurf des überarbeiteten Umweltstrafrechts durch unsere Fraktion sind in Vorbereitung. Und auch die Rosa Luxemburg Stiftung zeigt Interesse an der Thematik.

Unterstützt ADELE daher bei diesem Projekt und stellt uns möglichst viele Blüten für einen beeindruckend großen, bunten Blütenteppich gegen Ökozide und für den Schutz unserer aller Lebensgrundlagen zur Verfügung. Lasst uns gemeinsam ein hoffnungsvolles Zeichen setzen.

Abschließend senden wir Sören Pellmann Grüße und Genesungswünsche in seine Reha und danken ihm für sein Engagement.

Barbara Drechsel

Mitglied der Kreistagsgruppe



Statement zum Einschüchterungsversuch Niemand alleine, immer gemeinsam!



Am Donnerstag, 21.08.25, wurde unsere Kreisgeschäftsstelle in Aue-Bad Schlema von einem verummten Anhänger des Dritten Weges betreten und ein Einschüchterungsversuch unternommen. Der Vorfall ging mit Beleidigungen und Filmaufnahmen einher. Für die anwesende Genossin und einen Gast der Kreisgeschäftsstelle stellte das Vorgehen eine klare Bedrohung dar.

Der Vorfall wurde zur Anzeige gebracht. Unsere Solidarität gilt den zwei betroffenen, lieben Menschen, die das vor Ort erleben mussten. Dieses Ereignis bestürzt uns sehr und zeigt, dass es bei all den zunehmenden Bedrohungen durch Vertreter*innen der rechten Szene dringend mehr Konsequenzen benötigt.

Die andauernde Verharmlosung der angespannten Situation und wachsenden Gewaltbereitschaft muss enden!

Für uns steht fest: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir setzen uns weiterhin für die Menschen im Erzgebirge ein und bieten unsere Hilfe sowie Unterstützung auch in